**PRESSEMITTEILUNG**

## **Hochrangige Debatte über den ehrgeizigen, aber vagen europäischen GRÜNEN DEAL: Wird er den EU-Bürgern einen nachhaltigen Gegenwert für ihr Geld bieten?**

**27. Januar 2020 - Die neue Präsidentin der Europäischen Kommission bezeichnet den europäischen Grünen Deal als „Europas Mann-auf-Mond-Moment“. BETTER FINANCE unterstützt nachdrücklich den Grünen Deal, der den wichtigsten Wendepunkt in der europäischen Energiepolitik der beiden letzten Jahrzehnte markiert. Da jedoch der Teufel im Detail steckt, stellt sich die Frage, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen ausreichen, um bis 2050 Kohlenstoffneutralität zu erreichen und den EU-Bürgern als Altersvorsorgesparer und Anleger ein nachhaltiges Preis-Leistungs-Verhältnis zu bieten? Wie die geplante Kapitalmarktunion (Capital Markets Union, CMU) beweist, ist es leichter, ehrgeizige langfristige Ziele zu setzen, als sie zu erfüllen ...**

Einerseits stellen die vom europäischen Grünen Deal vorgeschlagenen Ziele Schritte in die richtige Richtung dar, um die nachhaltigere Entwicklung des Kontinents voranzubringen. Andererseits könnte dem Projekt die notwendigen Schubkraft für eine „Mondlandung“ fehlen. So hat sich die Kommission beispielsweise vorgenommen, die Kohlenstoffemissionen bis 2030 um 50-55 % zu senken und bis 2050 die Kohlenstoffneutralität zu erreichen. Forschungsergebnisse[[1]](#footnote-2) deuten jedoch darauf hin, dass zum Erreichen dieses Ziels und zur Begrenzung der globalen Erwärmung die Kohlenstoffemissionen bis 2030 um **mindestens 60-65 %** reduziert werden müssen. Daher reicht der Plan möglicherweise nicht aus, um das 1,5° C-Ziel zu verwirklichen.

Eine weitere wichtige Frage lautet: **Wer wird die Rechnung für den europäischen Grünen Deal bezahlen?** Die Kommission beabsichtigt, über +10 Jahre 3 Billionen Euro aus öffentlichen und privaten Mitteln zu mobilisieren. Auch wenn diese Zahl auf den ersten Blick beeindruckend erscheint, reicht dies möglicherweise nicht aus, um die Zielvorgaben zu erreichen. Daher unterstützen manche[[2]](#footnote-3) die Idee, die Mitgliedstaaten und nationale Investitionen durch eine Reform des EU-Finanzrahmens zu mobilisieren, d. h. eine langfristige Abweichung oder Befreiung von den EU-Finanzvorschriften für grüne öffentliche Ausgaben zu genehmigen[[3]](#footnote-4).

BETTER FINANCE begrüßt die Absicht, die Energiebesteuerungsrichtlinie zu überarbeiten, einschließlich der Ausweitung des Emissionshandelssystems auf andere Sektoren. Wir betonen jedoch die Notwendigkeit einer wirksamen **(zumindest) EU-weiten CO2-Steuer** für die größten CO2-Emittenten in der EU. Die politischen Entscheidungsträger müssen ihrer Kernverantwortung gerecht werden und gegen „negative externe Effekte“ wie Treibhausgasemissionen vorgehen.

Für die EU-Kommission ist es von entscheidender Bedeutung, den Worten Taten folgen zu lassen und die Kapitalströme tatsächlich auf Investitionen umzulenken, die sich effektiv auf die Umwelt und insbesondere auf die globale Erwärmung auswirken. Unseres Erachtens wird die bloße Überprüfung von Anlageportfolios nicht ausreichen, um positive Veränderungen zu bewirken. Zum Beispiel sollten sich Vermögensverwalter als Aktionäre viel stärker für das Recycling und die Ökologisierung des gigantischen Investmentmarkts der Mineralölkonzerne engagieren, anstatt ihre Aktien bei Letzteren zu entsorgen ... an wen?

Wir sind zudem besorgt über die Unzulänglichkeiten bei der Ausgestaltung spezifischer Maßnahmen, die eigentlich dazu bestimmt sind, privaten Anlegern bessere Möglichkeiten zur Identifizierung nachhaltiger Anlagen zu gewähren. Anfang Dezember trafen die EU-Mitgesetzgeber eine vorläufige Vereinbarung, um gemeinsame europäische Regeln für grüne Anlagen („Taxonomie“) aufzustellen, bei denen nach Ansicht von BETTER FINANCE noch längst keine „einheitliche Struktur zur Ökologisierung der Finanzmärkte“ erkennbar ist[[4]](#footnote-5).

Zudem legt eine weitere Maßnahme – das EU-Umweltzeichen für Finanzprodukte für Privatanleger – neue Parameter fest, die es ermöglichen würden, Investmentfonds **mit einem Anteil „grüner“ börsennotierter Unternehmen von nur** 18 %**[[5]](#footnote-6)** das Label zu verleihen. Eine derart niedrige Schwelle würde private Anleger nur dazu verleiten, Greenwashing-Produkte zu erwerben und dadurch die Glaubwürdigkeit nicht nur des Umweltzeichens, sondern des gesamten europäischen Grünen Deals untergraben.

*Was die „nachhaltige Finanzwirtschaft“ betrifft, so liegt es letztlich in der Verantwortung der politischen Entscheidungsträger, die Finanzierung einer nachhaltigeren Wirtschaft mit der Entschärfung der Zeitbombe Altersvorsorge in Einklang zu bringen und das zuletzt genannte Problem durch Sicherung eines fairen Deals für die EU-Bürger als Altersvorsorgesparer zu lösen. Als Sparer sind die EU-Bürger von Natur aus eher längerfristig orientiert, was auch dadurch belegt wird, dass sie 67 % ihres Gesamtvermögens in langfristige Anlagen investieren und ihre wichtigsten Sparziele langfristig sind. Folglich haben die EU-Bürger als Sparer einen großen Bedarf an „nachhaltigen Finanzprodukten“,* betont Guillaume Prache, Geschäftsführer von BETTER FINANCE. „*Wir sind daher überrascht, dass in einer weiteren hochrangigen Debatte über die Zukunft des Grünen Deals und insbesondere über die „****Auslösung von Investitionen“[[6]](#footnote-7)*** *die Stimme der EU-Bürger als Sparer, Finanzkonsumenten und Kleinanleger fehlt.“*

\*\*\*

Kontakt: Leiter der Kommunikationsabteilung ǀ Arnaud Houdmont ǀ +32 (0)2 514 37 77 ǀ [houdmont@betterfinance.eu](mailto:houdmont@betterfinance.eu)

1. Der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC), Sonderbericht, Globale Erwärmung um 1,5 ºC, [Kapitel 2](https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/02/SR15_Chapter2_Low_Res.pdf)  [↑](#footnote-ref-2)
2. Bruegel, Wer zahlt die Rechnung für den europäischen Grünen Deal?, [Podcasts und Artikel](https://bruegel.org/2020/01/paying-for-the-european-green-deal/) [↑](#footnote-ref-3)
3. Bruegel, [Der europäische Grüne Deal braucht einen reformierten Finanzrahmen](https://bruegel.org/2019/12/the-european-green-deal-needs-a-reformed-fiscal-framework), Dezember 2019 [↑](#footnote-ref-4)
4. <https://twitter.com/pcanfin/status/1206699134893342720> [↑](#footnote-ref-5)
5. Der Prozentsatz stellt den gewichteten Ertrag dar, der von den im Investmentfonds enthaltenen grünen Unternehmen stammt ([JRC Technical Report 2.0](https://susproc.jrc.ec.europa.eu/Financial_products/docs/20191220_EU_Ecolabel_FP_Draft_Technical_Report_2-0.pdf): Entwicklung von Kriterien für das EU-Umweltzeichen für Finanzprodukte von Privatanlegern) [↑](#footnote-ref-6)
6. [Hochrangige öffentliche Konferenz](https://ec.europa.eu/info/events/high-level-public-conference-european-climate-law-2020-jan-28_en) zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals – das europäische Klimaschutzrecht [↑](#footnote-ref-7)